

**Protokoll der 88. Sitzung des Begleitausschusses
Kreistagssaal, Reutergasse 12, 15907 Lübben**

Tag: 16.05.2022
Zeit: 16:10 Uhr bis 18:35 Uhr
Leitung: Herr Klein
Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste

TOP 1

Herr Klein begrüßt alle Anwesenden und schlägt folgende weitere Tagesordnung vor:

2. Protokollkontrolle
3. Bericht Jugendfonds/Jugendforum
4. Bericht KuF
5. Homepage-Erläuterungen von Herrn David
6. Beratung vorliegender Anträge
7. Zielstellung PfD 2023/2024
8. Verschiedenes
 - Blitzlichttrunde
 - Aufstockung finanzieller Mittel für 2022

Mit 8 von 15 Mitgliedern ist der Begleitausschuss beschlussfähig.

TOP 2

Hinweise, Anregungen oder Änderungswünsche zum Protokoll der 87. Sitzung liegen nicht vor.
Das Protokoll gilt damit als bestätigt.

TOP 3 Bericht Jugendfonds/Jugendforum

Frau Wolling gibt anhand einer Präsentation einen Überblick.
Am 09.04.2022 fand das erste Jugendforum in Miersdorf statt.
3 Anträge auf Gewährung von Zuwendungen aus dem Jugendfonds seien eingegangen:
Amt Lieberose/Oberspreewald: „Sicher auf all Deinen Wegen“ (Inhalt: Feriencamp, Themen wie Verkehrssicherheit, allgemeine Bildung im Kinder- und Jugendbereich)
Feuerwehrverein Friedersdorf e. V.: „9. Wald- und Wiesenlauf“
Feuerwehr Beesdau: „Zwergenmarsch in Beesdau“

Der Instagram-Account ist online gegangen.

Termine:
10./11.06.2022 Jugendsprecherwahl in Blossin

03.09.2022 Jugendforum
18.-20.11.2022 Jugendforum

Herr Klein möchte wissen, ob ein breiteres Aufstellen des Jugendforums, wie in der Klausurtagung angedacht, realisiert werden konnte.

Herr Thiele informiert, dass die Sitzung des Kreisjugendrings am 28. oder 29.06.2022 stattfinden werde. Eine Berichterstattung werde im Anschluss erfolgen.

TOP 4 Informationen der KuF

Frau Flemming berichtet anhand einer Präsentation aus der aktuellen Arbeit der KuF.

Am 12.05.2022 fand der Workshop für Projektträger statt.

Hinsichtlich der Demokratiekonferenz werden noch Themen und Veranstaltungsorte gesucht. Der Termin wird nach den Sommerferien liegen.

Das vorgeschlagene Thema Ukraine sollte noch etwas aufgeschoben werden.

Herr Klein möchte bezüglich der Planung weiterer Workshops wissen, wie die Vereine von diesen Veranstaltungen erfahren.

Frau Flemming führt aus, dass die Einladung breit verteilt wurde, unter anderem auch an die Kommunen.

Herr Quäck schlägt die Nutzung von Netzwerkstrukturen vor und Frau Wolling Werbung über die Zeitungen.

Herr Thiele habe die Befürchtung, dass das „Wollen“ zur Entwicklung von Projektideen und deren Umsetzung zur Zeit ein Problem sei.

Herr Quäck könne sich vorstellen, mehr den Inhalt der Workshops unter Verzicht auf das „Label Partnerschaft für Demokratie“ in den Vordergrund zu stellen.

Herr David regt an, erweiterte Ausschusssitzungen in den Kommunen unter Einbeziehung von Verbänden und Vereinen zu versuchen.

Herr Klein weist darauf hin, dass nicht alle ehrenamtlichen Strukturen bekannt seien. Derzeit werde daran gearbeitet, Vereine im Landkreis zu ermitteln. Ggf. sollte eine Demokratiekonferenz im Süden des Landkreises organisiert werden.

Es sollte eine Veranstaltung geplant werden, auch wenn die Gefahr besteht, dass keiner teilnimmt.

Herr Hähnlein merkt an, dass es bei dem Bundesprogramm darum gehe, das Bewusstsein für Demokratie wieder zu wecken.

Frau Enders erklärt, dass die Bürgermeister und Amtsdirektoren hinreichend informiert wurden. Es sollten gezielte Informationsveranstaltungen für 3 bis 4 Kommunen stattfinden.

Herr Klein schlägt vor, für die Veranstaltung eine professionelle Beratung zum Thema Fördermittel von der Projektentwicklung über die Antragseinreichung bis hin zur Erstellung des Verwendungsmittelnachweises zu organisieren.

Anträge, Abrechnungen und Verwendungsnachweise sollten so einfach wie möglich gestaltet sein. Da der Bund die Kriterien vorgibt, sei dies schwierig.

TOP 5 Homepage-Erläuterungen von Herrn David

Herr David erläutert, dass eine Forderung des Bundesministeriums in 2016 gewesen sei, die Webseiten in den Regionen entstehen zu lassen.

Die Homepage wurde überarbeitet und trage ein neues Logo, sei barrierefrei und enthalte kurze und komprimierte Informationen.

Vorgesehen ist, die alte Seite (LAP) zum Jahresende abschalten zu lassen, um keine Kosten mehr zu haben.

Hinterlegt wurde auch das Interview, dass Frau Flemming mit SKW geführt hat.

TOP 6 Beratung vorliegender Anträge

Antrag des Stadtjugendring Königs Wusterhausen e. V. – Geh.Denken – Denk.Mal 2022

Frau Kositz stellt den eingereichten Antrag vor.

Den teilnehmenden Jugendlichen sollen für die Erstellung einer Fotopräsentation, eines Videos und zu Recherchezwecke Tablets zur Verfügung gestellt werden, die neu angeschafft werden müssen.

Die Fotos sollen in der Schule ausgestellt werden.

Herr Klein regt die Ergebnispräsentation des Projektes für die 1. Sitzung in 2023 an.

Zur Abstimmung über das Projekt verlässt Frau Kositz den Raum. Herr Thiele nimmt nicht an der Abstimmung teil.

Auf die Frage, wie nach Abschluss des Projektes mit den Tablets umgegangen werden soll, sind sich die Mitglieder einig, dass diese beim Stadtjugendring für weitere Projekte verbleiben.

Herr Klein führt aus, dass die Verwaltung das Projekt als förderwürdig erachte.

Der Antrag wird mit 7 Ja-Stimmen **einstimmig** befürwortet.

Frau Kositz wird über das Ergebnis der Abstimmung informiert.

TOP 7 Zielstellung PfD 2023/2024

Frau Flemming führt aus, dass demnächst ein Antrag zur Fortsetzung des Bundesprogramms gestellt werden müsse.

Zuvor soll eine Evaluation des Begleitausschusses durchgeführt werden.

Der neue Bundesantrag liege bislang noch nicht vor.

Herr Klein merkt an, dass die Mittel im Haushalt eingestellt werden, so dass die Finanzierung von Projekten sichergestellt werden könne.

Herr Quäck bittet, nicht nur über Schwerpunktthemen nachzudenken, sondern auch über Adressaten.

Das Ergebnis der Evaluation sollte ein Thema in der nächsten Sitzung sein.

TOP 8 Verschiedenes

Blitzlichtrunde

Herr Thiele berichtet, dass am 19.05.2022 in Schenkendorf die nächste Stolpersteinverlegung stattfindet.

Hinsichtlich der Benennung eines weiteren kommunalen Vertreters habe der Bürgermeister der Gemeinde Heidesee, Herr Langner, auch gegenüber der Kreisarbeitsgemeinschaft des Städte- und Gemeindebundes signalisiert, gern das Mandat zu übernehmen.

Herr Klein schlägt vor, dass jeder innerhalb der Blitzlichtrunde sein Votum zu diesem Vorschlag abgibt.

Herr Behnken sehe die Aufnahme des Herrn Langner als Mitglied in den Begleitausschuss als Bereicherung.

Weiter weist Herr Behnken darauf hin, dass Anträge vorgezogen werden, wenn die Antragstellenden bei den Sitzungen anwesend sind.

Frau Wolling stimmt der Aufnahme des Herrn Langner als Mitglied zu. Im Bereich der Kinder- und Jugendfeuerwehren finden zur Zeit an jedem Wochenende Veranstaltungen statt.

Herr Rückl bewerte die Aufnahme des Herrn Langner in das Gremium ebenfalls positiv.

Herr Rückl informiert, dass die zusätzlich zur Verfügung gestellten Fördermittel im Bereich der Jugend- und Sozialarbeit sind vollständig aufgebraucht.

Herr Quäck berichtet, dass der erste Teil des Projektes „Weimarer Dreieck“ stattgefunden habe. Es sei eine beeindruckende Beteiligung der Jugendlichen festzustellen gewesen.

Hingegen sei vielfach bei Terminen, Workshops, Projekten, etc. festzustellen, dass es nur noch sehr wenig Austausch unter den Menschen gäbe. Gespräche laufen immer mehr auf einen aggressiven Wettstreit hinaus.

Herr Hähnlein könne zur Berufung des Herrn Langner keine Aussage machen, vertraue aber der Mehrheit.

In Bezug auf die Ukraine Krise spricht Herr Hähnlein die Wohnraumbedarfe an. Seitens des Kreises habe es die Meldung gegeben, dass das Kreiskontingent erfüllt sei und keine Aufnahme mehr erfolge.

Frau Enders erläutert, dass ca. 1.300 ukrainische Schutzbedürftige vorregistriert seien, die alle in privaten Unterkünften im gesamten Landkreis untergebracht seien. Der Landkreis habe Unterkünfte herrichten lassen und angemietet, um Obdachlosigkeit zu vermeiden. Überraschend sei, dass Wohnungen auf dem Wohnungsmarkt zur Verfügung stehen, was im Vorfeld nicht der Fall war. Ferner sei festzustellen, dass ukrainische Personen aus verschiedenen Gründen in Deutschland seien: mit einem 180-Tage Visum, gemäß § 24 Aufenthaltsgesetz (mit Vorregistrierung) und Asylantragstellende.

Der Landkreis habe derzeit die vorgegebene Quote zur Aufnahme von Geflüchteten erfüllt.

Herr Klein ergänzt, dass 450 Unterkunftsplätze durch den Landkreis geschaffen wurden, wovon ca. 80 Plätze belegt seien. Nach dem Landesaufnahmegesetz bestehe zudem die Verpflichtung für jede schutzbedürftige Person eine Unterkunft vorzuhalten.

Frau Gelhaar-Heider begrüße die Bereitschaft des Herrn Langner zur Teilnahme am Begleitausschuss.

Als eine Zielstellung 2023/2024 sollte eine moderierte Gesprächskultur angegangen werden.

Herr David informiert, dass er für den Herbst eine Gedenkstättenfahrt für Jugendliche aus verschiedenen Nationen vorbereite, einem Jugendlichen in Massow bei der Vorbereitung zum Studium helfe und Mittel für einen Fußballverein für ein Jugendturnier in Barcelona akquiriert habe. Als Mitglied des Gesundheits- und Sozialausschuss habe Herr David festgestellt, dass Schüler mit Anspruch auf Schülerspezialtransport kein Schülerticket erhalten. Durch die Fixierung auf den Schülerspezialverkehr fallen allerdings Freizeitaktivitäten außerhalb der Schule weg.

Herr Klein führt aus, dass es hierzu im Rahmen der Erstellung des Nahverkehrsplanes bereits Diskussionen gab. Derzeit laufen Tarifverhandlungen beim VBB und Land bezüglich eines sogenannten „Grundabos“, das dann berechtigt, Schülerfreizeittickets zu erwerben.

Herr Klein weist auf die Studie „Hass und Gewalt gegen Amts- und Mandatsträger“ hin. Die Kommunalstudie enthält neben der Ermittlung der Tatsachen auch Handlungsempfehlungen in Form von Aufklärung, Schulungen und Seminaren. Die Verwaltung habe in den Kreistag am 18.05.2022 eine Beschlussvorlage eingebracht, die sich gegen Gewalt gegen Amts- und Mandatsträger ausspricht und im Weiteren zur Verfolgung durch Strafanzeigen aufruft.

Frau Enders spricht die Anfrage des Bundes bezüglich der Aufstockung der Mittel an. In der Sitzung vom 07.03.2022 wurde festgelegt, dass ein pauschaler Antrag gestellt wird. Der Bund hat nunmehr mitgeteilt, dass ein konkretes Projekt zu benennen bzw. ein konkreter Antrag zu stellen sei. Vorschläge hierzu liegen nicht vor.

Weitere Anmerkungen und Anregungen gibt es nicht.

Nächste Sitzung: 04.07.2022

Lübben, 01.06.2022



Klein